Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 138. **Sonnabend** den 18. Mai 1889. **83. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 19. Mai, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Brennholz-Auction.

Mittwoch, den **29. Mai** dieses Jahres, sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Connewitz, Abth. 2, 3 und 4 des Döliger Holzes

ca. 350 **Haufen klein gemachtes hartes Stockholz** und

ca. 50 **Haufen starkes, hartes Schlagreisig (Langhaufen)**

unter den ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft im Döliger Holze, unweit der Lößniger Waldschänke.

Leipzig, am 16. Mai 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Waldgräserei-Verpachtung.

Montag, den **27. Mai** dieses Jahres, sollen im Forstreviere Connewitz die Grasnutzungen **auf 3 Jahre gegen Baarzahlung** und unter den im Termin zu stellenden Bedingungen parcellenweise meistbietend verpachtet werden.

Zusammenkunft:

I. Vormittags 9 Uhr am Pflanzgarten im Streitholze und
II. Vormittags 11 Uhr an der Pauligsbrücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 16. Mai 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die für das Jahr 1889 erschienenen **Adreßbücher** der Städte **Berlin, Chemnitz, Dresden, Frankfurt a/M., Halle a/S., Hamburg und München** in unserer Criminalabtheilung (Naschmarkt Nr. 2, part. links) ausliegen und dort von Jedermann gegen Erlegung einer Nachschlagegebühr von 25 Pfg. während der gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden können.

Leipzig, am 15. Mai 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. R. 1778. Bretschneider. Dar., S.

Gefunden

wurde Anfang dieser Woche zwischen den Gärten an der Eutritzscher Straße

ein Betrag von 100 Mark.

Der Eigenthümer desselben wird hierdurch aufgefordert, sich, gehörig legitimirt, an unterzeichneter Amtsstelle rechtzeitig zu melden, da anderenfalls über den Fund weitere Verfügung getroffen werden wird.

Leipzig, den 16. Mai 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
VII. 1457. Bretschneider. Ml.

Oeffentliche Buchhändler-Lehranstalt.

Die Aufnahmeprüfung findet **Mittwoch, den 22. Mai, früh 6 Uhr im Schullocale, alte Thomasschule am Thomaskirchhofe,** statt. — Bis dahin werden noch Anmeldungen in der Zeit von 3—4 Uhr vom Director in seiner Wohnung, An der Pleiße 4. II., entgegengenommen. **Smitt.**

Die Antwort des Kaisers an die Vertreter der Bergwerksbesitzer.

Die Antwort, welche der Kaiser dem Sprecher der Abordnung der Grubenbesitzer Dr. Hammacher in der Audienz vom Donnerstag ertheilt hat, ist ein Ereigniß von höchster Bedeutung, denn sie enthält den Schlüssel zur Lösung der socialen Frage. Kaiser Wilhelm beschränkt sich nicht darauf, bei jedem passenden Anlaß den Arbeitern sein Wohlwollen kundzugeben, sondern er ist vor allen Dingen bemüht, den Ursachen der Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen auf den Grund zu kommen und Mittel und Wege aufzusuchen, um berechtigte Unzufriedenheit in Zukunft zu verhindern. Der Kaiser stellt sich dabei auf einen durchaus unbefangenen und unparteiischen Standpunct, prüft die Sachlage ohne Ansehen der Person und steht den Arbeitern genau in derselben Weise gegenüber wie den Arbeitgebern. Kaiser Wilhelm verfährt nach dem alten deutschen Grundsatz: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beede.“ Was an der ganzen Behandlung, welche der Kaiser der Streik-Angelegenheit zu Theil werden läßt, so außerordentlich wohlthuend berührt, ist die rein menschliche Form ohne alles Beiwerk, was schlichte Leute an der unbefangenen Meinungsäußerung hindern könnte. So hat denn auch der Sprecher der Bergleute frisch von der Leber weg gesprochen und dadurch beim Kaiser keineswegs angestoßen, sondern, wie er dem Dr. Hammacher gegenüber gesagt hat, auf ihn einen guten Eindruck gemacht, ebenso wie die übrigen Mitglieder der Abordnung, und er hat seine Freude darüber ausgedrückt, daß seine Worte in den Arbeiterkreisen Westfalens Anklang gefunden haben. Der Kaiser hat zu dem „gesunden vaterländischen Sinn“ der Männer, welche ihm die Wünsche ihrer Genossen vorgetragen haben, gleichviel ob sie als Vertreter aller Bergleute des Bezirks anzusehen sind oder nur eines Theiles, das Vertrauen, daß sie mit Erfolg Alles daran setzen werden, ihre Kameraden wieder zur Arbeit zu bringen. Das ist die Meinung, welche sich der Kaiser von den Vertretern der Bergleute gebildet hat.

Aber fast noch beachtenswerther erscheinen die Rathschläge, welche der Kaiser den Vertretern der Bergwerksgesellschaften für ihr Verhältniß zu den Arbeitern ertheilt hat. Sie möchten in Zukunft möglichst nahe Fühlung mit den Arbeitern unterhalten, damit ihnen solche Bewegungen nicht entgehen, denn ganz unerwartet könne sich der Streik unmöglich entwickelt haben, er sei nur vorzeitig zum Ausbruch gekommen. Die Arbeiter sollen Gelegenheit erhalten, ihre Wünsche zu formuliren. Wer viele Arbeiter beschäftige, habe die Pflicht gegen Staat und Gemeinde, für das Wohl der Arbeiter nach Kräften zu sorgen und dem vorzubeugen, daß wieder die Bevölkerung einer ganzen Provinz in solche Schwierigkeiten verwickelt werde. Die Leute läsen Zeitungen und wüßten, in welchem Verhältniß Lohn und Gewinn der Gesellschaften zu einander stehen, und es sei menschlich und natürlich, daß Jedermann versuche, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben.

Das sind goldene Worte, zumal wenn sie aus dem Munde des mächtigsten Herrschers von Europa kommen. Es soll keine Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehen, welche die Letzteren verhindert, ihre berechtigten Wünsche vertrauensvoll auszusprechen, und die Arbeitgeber sollen selbst bei Zeiten das Ihrige thun, um tief in alle Verhältnisse eingreifende Arbeitseinstellungen zu verhindern. Die vornehmste Aufgabe der Arbeitgeber bestehe darin, die Interessen der gesammten Mitbürger durch Pflege der Einigkeit untereinander zu fördern. Es ist selbstverständlich, daß auch das Entgegenkommen der Arbeitgeber seine Grenzen hat, daß zu weit gehende, leichtfertig und ohne Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse von den Arbeitern erhobene Forderungen zurückzuweisen sind, aber solche liegen hier offenbar nicht vor.

Wenn diese Fragen aus der sittlichen Sphäre, in welche sie gehören, auf den Boden der rein materiellen Interessen hinabgedrückt und ihres idealen, echt menschlichen Charakters entkleidet werden, dann kommt man dahin, wo die socialdemokratischen Bestrebungen ihr Wesen treiben. Im socialistischen Staate giebt es kein Risico eines einzelnen Unternehmers, da ist der Staat der Unternehmer, und dieser hat den Gewinn gleichmäßig an alle Arbeiter der großen Productivgenossenschaft zu vertheilen. Da aber Staaten bekanntlich einen durch die Natur ihrer Gründer und Bürger bedingten Entwickelungsgang haben, so lassen sich keine speciellen Vorschriften darüber geben, wie die Kräfte und Fähigkeiten der einzelnen Staatssubjecte für die Zwecke der Gesammtheit nutzbar gemacht werden sollen. Ein Staat ist keine Maschine, sondern ein lebendiger Organismus, und deshalb muß es jedem Staatsbürger freigestellt bleiben, wie er sein Leben führen und gestalten will. Das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter kann immer nur dann gesund und zweckentsprechend sein, wenn es auf der freien Vereinbarung beider Theile beruht, und als Regulator dient das Coalitionsrecht. In einem wirthschaftlich gesunden Staatswesen wird von diesem Recht stets nur ein mäßiger Gebrauch gemacht werden, die Arbeiter werden das Mittel der Arbeitseinstellung nur dann anwenden, wenn ein offenbares Mißverhältniß zwischen dem gewährten Lohn und demjenigen Lohn besteht, welcher gewährt werden könnte, wenn der Arbeitgeber neben seinem Interesse auch Rücksichten der Billigkeit und Menschenliebe zu Rathe ziehen wollte. Hier das Richtige zu treffen, ist oft außerordentlich schwer, und weil es schwer ist, wird auf diesem Gebiete immer viel zu wünschen übrig bleiben.

Der socialpolitische Standpunct Kaiser Wilhelm's ist ein hoher und großer, und Deutschland kann sich glücklich schätzen, daß die Leitung seiner Geschicke solchen Händen anvertraut ist. Die Bestrebungen, die Lage der arbeitenden Classen zu verbessern, sie gegen die Folgen von Krankheit und Unfällen ebenso zu schützen wie gegen die des Alters und der Arbeitsunfähigkeit, sind noch verhältnißmäßig neu, aber sie haben seit dem 17. November 1881, dem Tage der berühmten Botschaft Kaiser Wilhelm's I., schon sehr bemerkenswerthe Fortschritte gemacht. Der Enkel des verewigten Kaisers hat sich das socialpolitische Programm seines kaiserlichen Großvaters in seinem ganzen Umfange angeeignet, und der Geist, in welchem der junge Kaiser an die Lösung dieser schwierigen und wichtigen Aufgabe herantritt, ist ein so frischer, so echt menschlich edler und guter, daß die Arbeiter in der That in Kaiser Wilhelm ihren Anwalt und Beschützer in allen Nöthen des Lebens erblicken dürfen. Das ist der schwerste Schlag, den Kaiser Wilhelm gegen die Socialdemokratie führen konnte, er bietet den Arbeitern Brod statt der Steine, welche unfruchtbare und unausführbare Lehren zur Gewinnung des sogenannten menschenwürdigen Daseins darstellen. Noth und Elend werden niemals aus der Welt verschwinden, aber sie können gemildert werden, und daß diese Wirkung bei der Arbeiterbevölkerung erreicht werden wird, dafür zeugen viel versprechende Anfänge. Kaiser Wilhelm hat durch den Empfang der beiden Abordnungen der Arbeiter und Arbeitgeber, welche bei dem Streik im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet betheiligt sind, und durch Alles, was er bei diesem Anlaß gesagt, die Brücke gebaut, um die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern allmälig auszufüllen. Kaiser Wilhelm hat sich zum wohlwollenden Vermittler in Streitigkeiten zwischen beiden Parteien angeboten, wenn diese Vermittelung nachgesucht wird.

Das ist eine große edle That, und dadurch hat Kaiser Wilhelm schon jetzt viele Thränen getrocknet. Wenn die Arbeiter wissen, daß der Kaiser ihren Wünschen und Klagen ein freundliches Ohr leiht, dann werden sie sich in Zukunft hüten, den socialdemokratischen Agitatoren die Heilung ihrer socialen Leiden anzuvertrauen, sie werden vielmehr dahin gehen, wo der Wille und die Macht vorhanden sind, ihnen Das zu gewähren, was nach Lage der Verhältnisse und nach menschlicher Kraft überhaupt gewährt werden kann. Die goldene Zeit herbeizuzaubern, wie sie in den Köpfen unklarer oder böswilliger Agitatoren und Theoretiker spukt, dazu reicht freilich weder Wille, noch Macht auch des mächtigsten Herrschers aus.

* * *

* **Berlin,** 16. Mai. (Wiederholt, da nur in unserer gestrigen Stadtauflage enthalten.) Heute früh 8 Uhr wurde im Rittersaale des königlichen Schlosses der Deputation der Grubenbesitzer des Ruhrkohlenreviers, dem Abgeordneten Dr. Hammacher, dem Geh. Commerzienrath Haniel, Bergrath von Velsen und Berg-Assessor Krabler von Sr. Majestät dem Kaiser die nachgesuchte Audienz in Gegenwart des Ministers des Innern Herrfurth gewährt.

Dr. Hammacher, als Präsident des Vereins für bergbauliche Interessen im Bezirk des Oberbergamts Dortmund, sprach zunächst Sr. Majestät den ehrfurchtsvollsten Dank für die Bewilligung der Audienz, sowie für den Schutz, den die Staatsregierung dem von dem Massenstreik ergriffenen Theile des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks habe zu Theil werden lassen, aus. Indem derselbe dem lebhaften Wunsche Ausdruck gab, bald wieder zu geordneten Verhältnissen in den dortigen Arbeitszuständen zu gelangen, bemerkte er: „Wir glauben, daß die Arbeitgeber durch die öffentliche Erklärung des Vorstandes des Vereins für bergbauliche Interessen vom 11. d. M. ein weitgehendes Entgegenkommen zum Zwecke der Herstellung friedlicher Verhältnisse bethätigt haben. Nach gewissenhafter Untersuchung sind wir als ehrliche Männer zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein wirklicher Grund zu der jetzt eingetretenen Benutzung des Coalitionsrechts seitens der Arbeiter, selbst abgesehen von der ungesetzlichen Form, in der dieselben sich dieses Rechtes bedienten, nicht vorlag. Von den Forderungen der Arbeiter halten wir die auf Erhöhung der Löhne gerichtete für eine solche, zu deren Erreichung es der Arbeitseinstellung nicht bedurfte. Sachkundige wissen, daß die Bergarbeiter auch ohne Arbeitseinstellung bei fortgesetzt günstiger Entwicklung der Kohlenpreise in den Genuß höherer Löhne gelangen werden. Die zweite bedeutungsvolle Forderung der Arbeiter betrifft die Länge der Arbeitszeit. Niemand wird aber sagen können, daß die bei uns eingeführte Arbeitszeit von 8 Stunden unter Tage, welche die kürzeste in allen Bergrevieren Deutschlands ist, für die Gesundheit und die Lebensverhältnisse eines Arbeiters nachtheilig sei. Viele andere kleinere Klagen hätten man zweckmäßig auf dem Wege der Beschwerde an die Bergbehörden und die Grubenverwaltungen zu einem friedlichen und glücklichen Austrage bringen können. Trotzdem beschlossen wir die Zusage, daß die Arbeiter, wenn sie die Arbeit wieder aufgenommen haben, Lohnerhöhungen erhalten sollen, obschon der Streik wie eine Sturmwelle plötzlich über das Land kam und ohne Beachtung der gesetzlichen Kündigungsfrist ausbrach. Sie wurde abgegeben in dem Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit, die heute auf den Schultern der Arbeitgeber ruht, und in der Erkenntniß der verheerenden Folgen, welche die gewaltige Arbeitseinstellung bis in die weitesten Kreise unseres deutschen Vaterlandes fortgesetzt steigend ausübt. Jeder Einzelne von uns bietet gern den feiernden Bergleuten die Hand zum Frieden. Es giebt aber eine Grenze für die Nachgiebigkeit, und diese ist gegeben durch die Pflichten, welche die Sorge für die Ordnung und die Sicherheit des Betriebes auferlegt. Gebe Gott, daß der Arbeitsausstand, der im künftigen Umfange Deutschlands Fluren leider nicht heimsuchte, bald verschwinden möge!“

Seine Majestät erwiderte darauf ungefähr Folgendes:

„Meine Herren! Ich habe Ihnen die Audienz gestattet, weil es selbstverständlich Sache des Monarchen ist, daß, wenn Seine Unterthanen in Streitigkeiten untereinander der Verständigung bedürfen und sie sich dann vertrauensvoll an das Staatsoberhaupt wenden, dann beide Parteien gehört werden. Ich habe die Arbeiter vorgestern gehört und freue Mich, Sie heute bei Mir zu sehen. Was die Ursache des Streiks betrifft und die Mittel zur Beseitigung desselben, so erwarte Ich darüber noch eingehende Berichte Meiner Behörden. Mir kommt es hauptsächlich darauf an, in Anbetracht der weitreichenden Schädigung der gesammten Bevölkerung, welche der Streik zur Folge hat, und nachdem ein starker Streik bereits in Schlesien, übertragen aus Westfalen, im Ausbruch begriffen ist, möglichst bald dem großen westfälischen Streik ein Ende zu machen. Was ich den Arbeitern gesagt habe, das wissen die Herren; es hat gestern überall in den Blättern gestanden. Ich habe darin Meinen Standpunct in aller Schärfe gekennzeichnet. Die Arbeiter haben Mir übrigens einen guten Eindruck gemacht, sie haben sich der Fühlung mit der Socialdemokratie enthalten. Daß die Worte, die Ich zu ihnen gesprochen, in den Arbeiterkreisen Westfalens Anklang gefunden haben, ist Mir durch Telegramme bezeugt, und habe Ich Mich gefreut, daß Einmischungsversuche der Socialdemokratie von ihnen mit Energie abgewiesen worden sind. Die Verhandlungen, die Sie, Herr Hammacher, als Vorsitzender des Vereins, wie Ich gern höre, mit der Arbeiter-Deputation geführt haben, sind Mir durch das Ministerium des Innern zugegangen, und Ich spreche Meine Anerkennung aus für das Entgegenkommen, das Sie den Arbeitern gezeigt haben, wodurch die Grundlage zu einer Verständigung gewonnen worden ist. Ich werde Mich freuen, wenn auf diese Weise sich Arbeitgeber und Arbeiter vereinigen werden. Ich möchte von Meinem Standpuncte aus noch Eins betonen. Wenn die Herren etwa der Ansicht sind, daß die von Mir gehörten Deputirten der Arbeiter nicht die maßgebenden Vertreter der Kreise wären, die dort streiken, so macht das Nichts aus. Wenn sie auch nur einen Theil der Arbeiter hinter sich haben und die Meinung wiedergeben, die in ihren Kreisen besteht, so wird doch immer der moralische Einfluß des Versuchs der Verständigung von hohem Werthe sein. Sind sie aber wirklich die Delegirten derselben, und haben sie die Ansicht der gesammten westfälischen Arbeiter vertreten und sind sie dann mit den Puncten, die Sie ihnen eröffnet haben, einverstanden, dann habe Ich zu dem gesunden und vaterländischen Sinn dieser Männer das Vertrauen, daß sie — und nicht ohne Erfolg — Alles daran setzen werden, möglichst bald ihre Kameraden wieder zur Arbeit zu bringen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Betheiligten dringend empfehlen, daß die Bergwerksgesellschaften und ihre Organe sich in Zukunft stets in möglichst naher Fühlung mit den Arbeitern erhalten, damit ihnen solche Bewegungen nicht entgehen. Denn ganz unvorbereitet kann der Streik sich unmöglich entwickelt haben. Es sind, wie Mir berichtet worden, allerdings Vorbereitungen getroffen; es bestand die Absicht, einen allgemeinen Streik ausbrechen zu lassen, nur zu einer späteren Zeit; und der Streik ist dort nur vorzeitig zum Ausbruch gekommen. Ich möchte Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, ihre Wünsche zu formuliren, und sich vor allen Dingen immer vor Augen zu halten, daß diejenigen Gesellschaften, welche einen großen Theil Meiner Unterthanen beschäftigen und bei sich arbeiten lassen, auch die Pflicht dem Staat und den betheiligten Gemeinden gegenüber haben, für das Wohl ihrer Arbeiter nach besten Kräften zu sorgen und vor allen Dingen dem vorzubeugen, daß die Bevölkerung einer ganzen Provinz wiederum in solche Schwierigkeiten verwickelt werde. Es ist ja menschlich natürlich, daß Jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen Zeitungen und wissen, wie das Verhältniß des Lohnes zu dem Gewinne der Gesellschaften steht. Daß sie mehr oder weniger daran Theil haben wollen, ist erklärlich. Deshalb möchte Ich bitten, daß die Herren mit größtem Ernst die Sachlage jedesmal prüfen und wo möglich für fernere Zeiten derartigen Dingen vorzubeugen suchen. Ich kann Ihnen nur ans Herz legen, daß das, was der Herr Vorsitzende Ihres Vereins am gestrigen Tage mit Erfolg begonnen hat, möglichst bald zu einem guten Ende geführt werde. Ich betrachte es als Meine Königliche Pflicht, den Betheiligten, den Arbeitgebern sowohl wie den Arbeitern, Meine Unterstützung bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten in dem Maße zuzuwenden, in welchem sie ihrerseits bemüht sind, die Interessen ihrer gesammten Mitbürger durch Pflege ihrer Einigkeit untereinander zu fördern und vor Erschütterungen, wie diese, zu bewahren.“

* **Das Protokoll,** das zwischen der Abordnung der westfälischen Grubenarbeiter und dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hammacher in Gegenwart der Abgg. Schmidt-Elberfeld und Baumbach aufgenommen worden ist, lautet, wie wir hiermit für unsere auswärtigen Leser wiederholen:

„Geschehen Berlin, den 15. Mai 1889.

Nachdem an dem gestrigen Tage die von Sr. Majestät dem Kaiser empfangene Deputation der Bergleute auf den Steinkohlengruben im Oberbergamtsbezirk Dortmund, bestehend aus den Unterzeichneten, mit Reichstagsabgeordneten über den gegenwärtigen Streik Rücksprache genommen hatten, wurde auf Wunsch der Bergleute der Herr Reichstagsabgeordnete Dr. Hammacher ersucht, an einer diesbezüglichen Besprechung theilzunehmen. Herr Dr. Hammacher kam diesem Wunsche nach.

Die Verhältnisse wurden in der eingehendsten Weise erörtert. Die Bergleute brachten ihre Beschwerden und Wünsche ausführlich zur Sprache. Nachdem nun heute die Angelegenheit nochmals erörtert worden war, formulirten die Bergleute, nämlich 1) Friedrich Bunte aus Dortmund, Zeche „Westfalia“, 2) Ludwig Schröder aus Dortmund, Zeche „Kaiserstuhl“, 3) August Siegel aus Dorstfeld, Zeche „Zollern“, ihre Wünsche gegenüber dem Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Hammacher, dem Vorsitzenden des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, schließlich dahin.

§. 1. Die Verwaltungen der Steinkohlengruben im Oberbergamtsbezirk Dortmund sollen sich verpflichten, ihre Bergleute künftighin über die normale achtstündige Schicht hinaus nicht arbeiten zu lassen.

§. 2. Ueberschichten können ausnahmsweise dann stattfinden, wenn zur Sicherheit des Bergwerks oder zur Sicherung von Bergleuten dringliche und unaufschiebbare Arbeit geboten ist.

§. 3. Soll in Fällen außerordentlicher Geschäftshäufung in Ueberschichten gearbeitet werden, so kann dies nur auf Grund einer vorgängigen Verständigung geschehen zwischen der Grubenverwaltung einerseits und einem Ausschuß von Vertrauensmännern der betreffenden Belegschaft andererseits.

§. 4. Dieser Ausschuß wird alljährlich von der Belegschaft in freier Wahl selbstständig gewählt und zwar von denjenigen Bergleuten der Belegschaft, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben.

§. 5. In die achtstündige Normalschicht wird die Einfahrt wie Ausfahrt nicht mit eingerechnet. Die Einfahrt wie die Ausfahrt sollen in der Regel jeweilig nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Jedenfalls sind Einfahrt und Ausfahrt so zu ordnen, daß der Bergmann nicht länger als acht Stunden unter Tage bleibt.

§. 6. Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund möge dafür eintreten, daß nach Erfüllung der vorstehenden Wünsche die Löhne der Bergleute, unter Rücksichtnahme auf die stattgehabte Steigerung der Kohlenpreise, in angemessener Weise erhöht werden.

§. 7. Die unterzeichneten Bergleute sprechen das Vertrauen aus, es werde der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund dafür sorgen, daß die Grubenverwaltungen dem Bergarbeiter durch die Form und Fassung der Abkehrscheine im ferneren Fortkommen nicht hinderlich sind.

§. 8. Die Bergleute halten es für zweckmäßig, daß dem Bergmann für Pulver, Oel und Gezähe nur der Selbstkostenpreis seitens der Grubenverwaltungen in Anrechnung gebracht wird, statt daß ein dabei erzielter Gewinn für Unterstützungsfonds der Bergleute Verwendung findet.

§. 9. Den Bergleuten soll wegen der gegenwärtigen Arbeitseinstellungen nach Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Nachtheil seitens der Grubenverwaltungen zugefügt werden.

§. 10. Die unterzeichneten Bergleute erklären, daß sie bei Annahme dieser Wünsche seitens des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen werden, daß sofort seitens der streikenden Bergleute die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hammacher erkennt in diesen Vorschlägen das Ergebniß einer eingehenden, allseitig von dem ernsten Streben nach sofortiger Beseitigung des Ausstandes getragenen Verhandlung, bei welcher die anwesenden Deputirten der Bergarbeiter offen und rückhaltlos für die Wiederherstellung des dauernden Friedens mit den Arbeitgebern eintraten und auf weitergehende Forderungen im Interesse der Einigung verzichteten. Dr. Hammacher hält die vorstehend formulirten Wünsche für eine geeignete Grundlage zur Verständigung und verspricht, dieselben angelegentlich den betreffenden Bergwerksvertretern vorzulegen und, wenn auch diese seine Ansicht theilen, sofort eine Sitzung des Vereinsvorstandes zu berufen und eine rasche Entscheidung herbeizuführen.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung beschließen die Anwesenden, sich morgen 9 Uhr im Reichstage wieder zusammenzufinden.

V. G. U.

Ludwig Schröder. Friedrich Bunte. August Siegel.
Dr. Hammacher.

Zur Beglaubigung: Schmidt-Elberfeld. Baumbach-Berlin.“

WPN. **Berlin,** 16. Mai. Nach der Meldung eines hiesigen freisinnigen Blattes soll die Abordnung der westfälischen Grubenarbeiter die Mitwirkung der Verhandlungen mit den Grubenbesitzern den freisinnigen Abgeordneten Baumbach und Schmidt-Elberfeld übertragen haben. Es wäre schwer zu beklagen, wenn dies wirklich der Fall und von den Arbeitern dadurch als bindend anerkannt werden würde. Wir glauben kaum, daß die Arbeitgeber sich die Einschiebung dieser freisinnigen Mandatare gefallen lassen werden. Als Zeugen die Herren Baumbach und Schmidt zuzuziehen, stand den Arbeitervertretern bei den Verhandlungen mit Dr. Hammacher frei; daß aber die Arbeitgeber der politischen Tendenzmacherei des Freisinns Vorschub leisten würden, haben wir starken Grund zu bezweifeln.

* **Berlin,** 16. Mai. Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund wurde heute auch von dem Reichskanzler Fürsten Bismarck empfangen.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt an leitender Stelle über den Empfang der Bergleute durch den Kaiser:

„Wie die Thatsache des Empfanges der Arbeiter einerseits beweist, daß in Preußen das Herz und das Ohr des Monarchen jeder ernst gemeinten Klage und Beschwerde offen steht, so läßt selbe auch andererseits erkennen, daß man sich in den weitesten Kreisen unseres Volkes, selbst in Zeiten der Erregung, dessen bewußt ist, in Sorge und Noth am Throne wohlwollendes Gehör zu finden.

Der Kaiser hat den Deputirten der Bergleute eine eingehende Prüfung ihrer Beschwerden durch seine Regierung zugesichert, deren Ergebniß ihnen mitgetheilt werden soll. Gleichzeitig aber hat der Kaiser betont, wie die Bergleute für ihre Angelegenheit jeden Anspruch auf sein königliches Wohlwollen verlieren würden, falls, wie es ja bedauerlicher Weise in vereinzelten Fällen vorgekommen war, ferner noch Ausschreitungen gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe Platz greifen sollten und sie den Bestrebungen politischer Parteien, insonderheit der Socialdemokratie, Einfluß auf ihr Verhalten einräumen wollten. Vornehmlich aber dürfe Niemand, der die Arbeit aufnehmen wolle, daran gehindert werden.

Jenes Wohlwollen, welches von Allerhöchster Stelle jeder Angelegenheit des arbeitenden Volkes entgegengebracht wird, ist auch in diesen kaiserlichen Worten zum Ausdruck gelangt; dieses Wohlwollen kann sich aber nur dann bethätigen, wenn Jeder sich auf den Rechtsboden stellt und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu einer Ehrenpflicht Aller gemacht wird. Geschieht dieses, so ist von vornherein jeder Beeinflussung des Verlaufes der Sache durch die politischen Gegensätze der Boden entzogen, und nicht nur die Bergleute selbst, sondern auch Jene, welche Alles und Jedes ihrem Parteiinteresse dienstbar zu machen stets bemüht sind, werden diesem Umstande Rechnung zu tragen haben.

Auf der anderen Seite aber tritt jene Verantwortlichkeit, welche alle an dem Conflicte über die Arbeitsbedingungen der Kohlenarbeiter Betheiligten gegenüber der Gesammtheit der nationalen Erwerbsthätigkeit tragen, diese Verantwortlichkeit aller Betheiligten, von der wir schon kürzlich sprachen, noch schärfer hervor, nachdem der Monarch die Prüfung des Sachverhaltes zugesichert hat und anzunehmen ist, daß das Ergebniß einer solchen Prüfung sich zur Geltung bringen wird, gleichviel, ob man, der Erregung des Augenblickes folgend, den Streik fortsetzt, oder ob man in Ruhe dieses Ergebniß und seine Consequenzen erwartet und der Richtigkeit des Wortes eingedenk bleibt: Friede ernährt, Unfriede verzehrt!“

Leipzig, 18. Mai.

* Es wurde bereits gestern kurz erwähnt, daß die von der „Nationalzeitung“ ausgegangene Anregung, die Stadt Berlin als solche möge die Anwesenheit des Königs von Italien auch ihrerseits zum Anlaß einer festlichen Kundgebung machen, nicht ungehört verhallt ist. In nachstehend wiedergegebener Vorlage des Magistrats wünscht derselbe die Bewilligung von 150 000 ℳ, um den Sympathien der Bürgerschaft Berlins Ausdruck zu geben. Die Vorlage lautet:

SLUB
Wir führen Wissen.